

fall – zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die primäre Aufgabe der Standortförderung sieht das IHK-Vorstandsmitglied in der Förderung, Entwicklung und Positionierung des Wirtschafts-, Arbeits- und Tourismusstandorts Thurgau. Sie soll für Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen schaffen, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren. «Das Aufgabenportfolio der Standortförderung ist breit», sagt Vietze. «Nur die Zahl der jährlich neu angesiedelten Arbeitsplätze zu zählen, greift daher zu kurz, um den Erfolg der Standortförderung zu messen.» Ihrer Meinung nach kommt es auch auf die Veränderung der gesamten Anzahl Arbeitsplätze an sowie auf die Entwicklung der Handelsbilanz und der Pendlerströme.

Von der Nachbarschaft profitieren

Der Wirtschaftsstandort Ostschweiz hat mit Zürich grosse Konkurrenz. «Wir sollten nicht gegen Zürich, sondern mit der Region und den anderen Kantonen zusammen kämpfen», sagt Tobias Wolf. «International gesehen sind wir ein kleines Land. Wir müssen uns über die Grenzen hinaus klug positionieren. Das Potenzial hätten wir.» Yvonne Suter hat als Rapperswil-Jonerin, die seit 15 Jahren in Zürich arbeitet, wenig Verständnis, wenn in Kantonsgrenzen statt in funktionalen Räumen gedacht wird. «Hier hat St.Gallen Nachholbedarf. Die Ostschweiz als funktionaler Raum sollte selbstbewusst auf seine Stärken setzen, ohne künstlich auf Abgrenzung von Zürich zu machen. Von dieser Nachbarschaft können wir nur profitieren.»

«Wir sollten nicht gegen Zürich, sondern mit der Region und den anderen Kantonen zusammen kämpfen.»

Die Ostschweiz brauche ein eigenes, scharfes Profil, ist Patrick Kessler überzeugt. Das versuche man derzeit mit der Metropolitan-Region. «Die immer wieder genannte Schwäche des Ostschweizer Images sollte zudem aus den Köpfen verschwinden, die Region darf mutig etwas Hippees wagen, was beispielsweise die Arealentwicklung anbelangt.» Kantonsrat Michael Götte wünscht sich, dass «wir zu unseren Alleinstellungsmerkmalen Sorge tragen und uns nicht als Zürich-Kopie versuchen».

Die Thurgauer Standortförderung kann sich laut Kristiane Vietze profilieren, indem sie gut und schnell erreichbar ist, Vernetzungen der Firmen unterstützt und als «One-Stop-Shop» Hand bietet für eine einfache, unbürokratische Neuan siedlung oder zur Erweiterung bestehender Unternehmen. Für Thomas Maron ist klar: «An der Standortattraktivität muss täglich gearbeitet werden. Die anderen schlafen nicht.» Die Ostschweiz müsse sich zusammenschliessen. «Gemeinsam erreichen wir eindeutig mehr.»

Nicht mit dem Feuer spielen

Wer ist nicht für die Förderung individueller Freiheit, der Menschenrechte und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur im In- und Ausland? Die Konzernverantwortungsinitiative ist aber brandgefährlich.



Sie gibt vor, die Sorgfaltspflichten für Unternehmen verstärken zu wollen, indem sie schärfere Haftungsbestimmungen und einen erleichterten Zugang zu deren Durchsetzung vor Schweizer Gerichten schaffen will. Damit sollen Schweizer Gerichte neu auch für das Verhalten von Schweizer Firmen im Ausland zuständig sein, sich damit in die Belange ausländischer Staaten einmischen können und grenzüberschreitend über diese Fälle urteilen können, inklusive dem Aussprechen von Sanktionen. Beweisführungen und Zeugenbefragungen sind schon im Inland schwierig, geschweige denn bei ausländischen Sachverhalten.

Eine weltweite Haftung aller in der Schweiz ansässigen Unternehmen – auch für Tochtergesellschaften und wirtschaftlich abhängige Unternehmen im Ausland – wäre weltweit einmalig. Die Unternehmen müssten neu nicht nur beweisen, dass sie alle Normen einhalten (also eine Umkehr der Unschuldsvermutung), sondern sie müssten damit auch beweisen, dass sie nicht schuldig sind! Das ist nicht nur rechtsstaatlich fraglich, sondern gegen alle unsere Rechtsprinzipien. Jene Firmen, die ins Ausland abwandern können, werden das tun. Der Schaden für unsere Volkswirtschaft wäre enorm.

Einmal mehr will die Schweiz damit Musterknabe spielen und alle Firmen unter den Generalverdacht der Gesetzesverletzung stellen. Schweizer Unternehmungen nehmen ihre Verantwortung für Nachhaltigkeit sehr ernst; mehr Juristenfutter ist beileibe nicht notwendig.

Dr. Walter Locher, FDP-Kantonsrat und VR-Präsident der DGS Druckguss Systeme AG, St.Gallen